

**Marktgemeinde Hörbranz
Gemeindevertretung**

Hörbranz, am 20. April 2012

**Protokoll
Nr. 15**

über die am 28.03.2012 um 20.00 Uhr im Sitzungszimmer OG stattgefundene öffentliche Gemeindevertretungssitzung, zu der alle Gemeindevertreter ordnungsgemäß eingeladen wurden.

Anwesend:

Bgm. Hehle Karl als Vorsitzender
Vizebgm. Srienz Petra
GR Jeglic Dietmar
GV Biegger Siegfried
GV Boch Wolfgang, Ing.
GV Bösch Erika
GV Einwallner Reinhold, Ing.
GV Hack Manuela (LAbg.)
GV Hagen Thomas
GV Hagspiel Xaver
GV Haunold Susanne
GV Hiebeler Günter
GV Huber Rudolf
GV Hutter Richard
GV Mangold Herbert
GV Moosbrugger Lars
GV Paul Stefan
GV Schmitzer Andreas
GV Siebmacher Josef
EM Gieselbrecht Bruno
EM Gorbach Josef
EM Jovanovic Rade
EM Natter Lothar
EM Sigg Christine

Entschuldigt:

GR Pinkelnig Gerhard
GV Hagen Christoph (NR)

Abwesend:

GV Zuder Dieter

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, im Speziellen die zu verschiedenen Tagesordnungspunkten eingeladenen Auskunftspersonen und macht darauf aufmerksam, dass vor dieser Sitzung erstmals die in der vorangegangenen Sitzung beschlossene Bürger-Fragestunde abgehalten werde. Da keiner der anwesenden Zuschauer eine Frage stellt, wird die Sitzung eröffnet.

Der neue Gemeindevertreter Herbert Mangold, der in der Sitzung der Wahlkommission vom 20.03.2012 nach dem Mandatsverzicht von GR Katrin Flatz, Mag. FH auf ihr Mandat als Gemeindevertreterin berufen wurde, wird angelobt. Anschließend wird die Beschlussfähigkeit festgestellt.

2. Berichte

- a) Dorfeigenes Gasthaus: Der Bgm. berichtet über den Stand der Gespräche betreffend die Neuverpachtung des Restaurants „kzwo“ im Kronenareal. Drei von insgesamt acht Pachtinteressenten hätten ein schriftliches Konzept vorgelegt. Bei der Beratung im Gemeindevorstand sei die Wahl auf zwei Hörbranzner Gastronomen gefallen, die planen, das Restaurant gutbürgerlich weiterzuführen. Der Vertrag solle voraussichtlich in der darauffolgenden Woche fixiert werden.
- b) Autobahnraststätten-Projekt: Der Bgm. informiert über den aktuellen Stand nach dem Aufgabeverfahren betreffend Raststation. Derzeit werden die ergänzenden Stellungnahmen zu den eingelangten Einsprüchen eingeholt. Wenn der Abschlussbericht vorliege, werden die Gremien dazu tagen. Die Beschlussfassung in der GV wird voraussichtlich Ende April erfolgen.
- c) AG Kleinkinderbetreuung und Musikverein: Die bisherigen Ergebnisse der eingerichteten Arbeitsgruppe zum Thema „Kleinkinderbetreuung und Musikverein“ sehen vor, dass
 - alle Bedarfe im Bereich Kinderbetreuung, Schule, Pflege und Vereine zusammengefasst werden
 - eine Bestandsbewertung der baulichen Ressourcen und relevanten Grundflächen vorgenommen wird
 - ein Gutachten mit Handlungsempfehlungen unter Berücksichtigung der Bestandsbewertung sowie der finanziellen Notwendigkeiten eingeholt wird

Die aus der Studie resultierenden Handlungsempfehlungen werden dann der AG präsentiert und die weitere Vorgangsweise festgelegt.

- d) Berufungskommission: Der Bgm. berichtet über das Ergebnis der letzten Sitzung der Berufungskommission betreffend die Berufung gegen den Baubescheid „Haus der Zukunft“: Einstimmig hat die Berufungskommission beschlossen:
 - 1.) Dem Aussetzungsantrag des Berufungswerbers ist keine Folge zu leisten
 - 2.) Der Berufung der Baubewilligung durch die Nachbarfamilie ist grundsätzlich keine Folge zu leisten, folgende Ergänzungen sind vorzunehmen:
 - Fenster und Türen müssen während des Betriebes geschlossen gehalten werden
 - Der Musikbetrieb darf nicht länger als bis 1.30 Uhr dauern
 - Der Spielplatz für die Kinderbetreuung schließt mit der südseitigen Gebäudekante ab und ist außerhalb der Öffnungszeiten der Kinderbetreuungsstätte nicht geöffnet.
- e) Energiebericht 2011: Der Bgm. berichtet, dass dieser vom Gemeindevertreter Siegfried Biegger, Mitglied des e5-Teams, erstellt wurde und im Gemeindeamt eingesehen werden kann.

3. Präsentation der Regio Leiblachtal und Projekt/Strukturgenossenschaft Leiblachtal

Zu diesem Tagesordnungspunkt erteilt der Vorsitzende dem anwesenden Dr. Gerald Mathis vom Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung (ISK) das Wort, der anhand einer Powerpoint-Präsentation, die Bestandteil des Protokolls ist, den Vorschlag der „Regio Leiblachtal“ als leiblachtalweite Zusammenarbeit im Rahmen des EU-Projekts Comunis präsentiert. Die Rechtsform für die Führung dieses Zusammenschlusses, der durch die Bürgermeister der Leiblachtalgemeinden vertreten werden soll, ob als Gemeindeverband oder Verein, müsse noch geklärt werden.

Durch die sogenannte „Projekt- und Strukturentwicklungsgenossenschaft“ (PSG) soll die Regio die Möglichkeit haben, Grundstücke zu erwerben. Auf Nachfrage gibt Dr. Gerald Mathis eine Kostenschätzung ab (er rechnet mit Kosten in Höhe von ca. EUR 30.000 bis 40.000 pro Jahr für das Leiblachtal) und erläutert die Vorteile dieser PSG: Diese liegen vor allem im finanziellen Vorteil für die Gemeinden, weil es eine 40%-ige Mitfinanzierung der Bankpartner gebe. Im Unterschied zum normalen Immobilien-Markt müsse die Genossenschaft nichts verdienen. Ziel sei Wettbewerbsfähigkeit. Der zweite große Vorteil ist das Know How, das durch diese Genossenschaft, unter Beteiligung des ISK, zur Verfügung gestellt wird.

Ein Gemeindevertreter äußert sich kritisch zum Entwurf der Satzungen, da diese zu wenig Kontrollmöglichkeit für die GV zuließen. Ein Gemeinderat bekräftigt, dass etwa der Rechnungsabschluss der GV vorgelegt werden müsse. Daraufhin betont der Bgm., dass es sich lediglich um ein Instrument zur Unterstützung kommunaler und regionaler Ziele handle und jegliche konkreten Projekt ohnehin von der GV abgesegnet würden.

Experte Dr. Mathis schlägt vor, die Satzung unter Berücksichtigung der geäußerten Argumente noch zu überarbeiten.

4. Präsentation und Beratung Papiersammlung Leiblachtal

Zu diesem Tagesordnungspunkt erteilt der Vorsitzende Herrn Dipl.-Ing. Fritz Studer vom Umweltverband das Wort, der anhand einer Powerpoint-Präsentation die geplante Umstellung auf die Papiertonne für jeden Haushalt vorstellt, die Nenzing als Pilotgemeinde bereits umgesetzt hat.

Anstelle von Papiercontainern soll jeder Haushalt eine Papiertonne bekommen. Bis zu vier Haushalte können sich eine Tonne teilen. Die Gemeinde wird Eigentümerin der Tonnen, die bei Bedarf (wenn das Projekt nicht im Voranschlag vorgesehen ist) vom Umweltverband vorfinanziert werden, und über die Altpapier-Erlöse erfolgt eine Gegenverrechnung. Die Kosten für die Gemeinde ändern sich gegenüber dem jetzigen System nicht. In Nenzing habe sich dies bewährt (positiver Nebeneffekt ist unter anderem eine höhere Trenndisziplin der Bürger). Der Umweltausschuss empfiehlt das Projekt einstimmig. In Hörbranz soll der Papiertonnen-Anschluss freiwillig erfolgen (in anderen Gemeinden wird zum Teil eine Anschlusspflicht beschlossen).

Die Entleerung der Tonnen, an denselben Abfuhrstellen wie derzeit der Restmüllsammlung erfolgt, soll im vier-Wochen-Rhythmus stattfinden.

Eine Frage nach dem Zeitplan beantwortet der Bgm. dahingehend, dass in den Monaten Mai/Juni die Bürgerinformation starten solle, dann die Verteilung der Tonnen durch den Bauhof über den Sommer erfolgen solle und dann im Herbst die Sammlung starten könne.

Auch Lochau und Eichenberg habe die Umstellung bereits beschlossen. Möggers habe dies ebenfalls vor.

Mit 23 : 1 Stimmen wird die Umstellung auf die Papiertonne beschlossen.

5. Beratung über Betreutes Wohnen für Senioren

Nach kurzer Diskussion werden die Tagesordnungspunkte 5 und 6 gemeinsam behandelt.

Zu TOP 5 fasst der Vorsitzende die bisherigen Ereignisse zusammen: Mehrere ähnlich lautende Anträge wurden in der GV einstimmig beschlossen. Folgendes ist seit diesen Anträgen geschehen:

- Im Rahmen des Projekts „Gut Altwerden und Leben im Leiblachtal“ wurden Bürger und Experten befragt
- Gespräche mit der Vogewosi als möglicher Bauträger haben stattgefunden
- Eine eigene Expertenbefragung hat stattgefunden, die Ergebnisse davon wurden in einer Beilage zum letzten Protokoll des Sozialausschusses zusammengefasst, die den Gemeindevertretern mit den Sitzungsunterlagen verteilt wurde
- Die Mitglieder des Sozialausschusses haben mehrere Einrichtungen von Betreutem Wohnen besichtigt (IAP Ludesch, Sozialzentrum Weidach, Sozialzentrum Mariahilf)
- Der Sozialausschuss hat Empfehlungen vorgelegt (ebenfalls Beilage zur Einladung)
- Die AG Kleinkinderbetreuung und Musikverein hat beschlossen, eine Zusammenfassung aller Bedarfe in Kinderbetreuung, Schule, Pflege und Vereine zusammenzufassen und ein Gutachten mit Handlungsempfehlungen ausarbeiten zu lassen.

Eine Gemeindevertreterin, die als Koordinatorin für die Caritas „Leben in Selbständigkeit“ tätig ist, appelliert, bei der Anzahl der geplanten Wohnungen auch Menschen mit Lernschwierigkeiten (früher besser bekannt als „Menschen mit geistiger Behinderung“) zu berücksichtigen. Sie weist darauf hin, dass es eine spezielle Förderung vom Land, eine sogenannte Assistenzleistung für solche Fälle gibt, deren Voraussetzung eigener Wohnraum (eine angemietete Wohnung) ist. Aus ihrer beruflichen Erfahrung rechnet sie mit einem Bedarf von zwei Wohnungen pro Jahr.

Der Bgm. weist darauf hin, dass die Lebenshilfe in die bisherigen Beratungen einbezogen wurde.

Daraufhin wird über TOP 6, den Vorschlag zur Einrichtung einer AG, diskutiert. Ein Gemeindevertreter regt an, dass es doch alternativ eine Möglichkeit wäre, den Kreis des Sozialausschusses zu erweitern anstatt eine neue AG einzurichten. Einig sind sich alle, dass der Standort hinter dem Josefsheim der ideale Platz für die Errichtung eines Gebäudes für Betreutes Wohnen wäre.

Einstimmig wird der Grundsatzbeschluss gefasst, eine AG zu starten, nachdem die Gesamtbetrachtung der derzeit laufenden AG Kinderbetreuung und Musikverein abgeschlossen ist.

6. Antrag betreffend Bildung und Aktivierung einer AG für das Projekt Betreutes Wohnen

Bereits unter TOP 5 mitbehandelt.

7. Vergaben zur Erneuerung der Brücke Diezlings

Der Bgm. berichtet, dass nachdem in der GV einstimmig der Grundsatzbeschluss zur Erneuerung der Brücke Diezlings gefasst wurde, nun die Vergabeempfehlungen vorliegen:

1) Baumeisterarbeiten laut Beilage – laut Empfehlung der ZT GmbH (Ingenieurkonsulenten für Bauwesen Diem, Schuler, Pfefferkorn, Flora, Beck); Vergabevorschlag an die Fa. Oberhauser & Schedler Bau GmbH zu einem Preis von EUR 74.400,97 netto (Hörbranz Anteil).
Diese Vergabe wird einstimmig beschlossen.

2) Stahlbau laut nachgereichter Beilage – laut Empfehlung der ZT GmbH (Ingenieurkonsulenten für Bauwesen Diem, Schuler, Pfefferkorn, Flora, Beck); Vergabevorschlag an die Fa. Schlosserei Moosbrugger GmbH zu einem Preis von EUR 83.350 netto.
Auf Rückfrage erklärt der Bgm., dass das Geländer der Brücke aus Holz gefertigt werde.
Diese Vergabe wird ebenfalls einstimmig beschlossen.

8. Anfragebeantwortung

Die Anfrage eines Gemeinderates in der vorangegangenen Sitzung betreffend unbewilligte Bauten in den vergangenen Jahren hat der Bgm. an das Bauamt weitergeleitet und wird wie folgt beantwortet:

In drei Fällen wurde eine strafrechtliche Prüfung beantragt:

- Eine im Zuge einer Selbstanzeige
- Eine wegen jahrzehntelanger unbewilligter Bautätigkeit
- Eine wegen Ignoranz gegenüber den behördlichen Auflagen

Diese verwaltungsstrafrechtliche Prüfung wird nur in schweren Fällen beantragt.

In den letzten zehn Jahren wurden 21 Verfahren zur Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes beauftragt. Jährlich werden fünf bis zehn Bauwerke im Zuge eines laufenden Verfahrens nachträglich genehmigt.

Der Vorsitzende weist jeglichen Vorwurf einer Ungleichbehandlung durch das Bauamt auf das Schärfste zurück.

9. Grundstücksangelegenheiten

a) Pachtanträge: Es werden die Pachtangelegenheiten laut Protokoll des Landwirtschaftsausschusses behandelt:

- Gst-Nr 216/1 (ehemals Schrom-Wiese): Einstimmig hat der Landwirtschaftsausschuss die Vergabe an Blum Norbert vorgeschlagen. Einige Gemeindevertreter hinterfragen die Abstandsmessung und weshalb in diesem Fall das Kriterium der Anrainersituation des Mitbewerbers nicht höher gewichtet worden sei. Zwei Gemeindevertreter, die Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses sind, machen daraufhin klar, dass bei dieser Entscheidung gemäß dem 2005 vereinbarten Kriterien-Katalogs vorgegangen wurde. Zur Abstandsmessung wird erklärt, dass dafür mittels Grundstücksprogramm die Luftlinie zwischen Hofeinfahrt des Pachtinteressenten und Pachtfläche gemessen wird. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass es auch nicht ratsam sei, die recht aktuell festgelegten Richtlinien bei jeder Vergabe abzuändern.
Die Vergabe an Norbert Blum wird mit 22 : 2 Stimmen beschlossen.

- Gst-Nr 1382/3, 1380: Der Pachtantrag von Ursula Wiegand-Berger wird behandelt. Der Vorschlag des Landwirtschaftsausschusses lautet, einen Teil für Parkplätze für Wanderer frei zu lassen und die restlichen Flächen wunschgemäß an die Pachtinteressentin zu vergeben.
Dem wird einstimmig zugestimmt.

- b) Ergänzung der Richtlinien der Gemeinde betreffend Straßenübernahmen, Straßenübernahme Maihof: Der Bgm. erläutert, dass die generellen Richtlinien der Gemeinde betreffend Straßenübernahmen aus dem Jahr 2007 lauten, dass die Übernahme „kostenlos und lastenfrei“ zu erfolgen habe. Dies habe im Fall der Straßenübernahme Maihofstr./Graf-Belrupt-Str. zu Problemen geführt, da auf den Straßenparzellen einige Dienstbarkeiten (Leistungsrechte und Wege-rechte) lasten, auf die die Berechtigten nicht verzichten wollen.
Nach Prüfung durch RA Dr. Josef Fitz schlägt der Bgm. daher vor, die generellen Richtlinien dahingehend abzuändern, dass sie künftig lauten „bestehende Straßen sind **in der Regel** kostenlos und lastenfrei zu übertragen“. Weiters in diesem Fall die Übertragung mit den bestehenden Leitungs- und Wegerechten durchzuführen.
Dies wird einstimmig genehmigt.

10. Umwidmungen

Folgende Umwidmungsanträge werden behandelt:

Änderung des Flächenwidmungsplanes:

1. Beschlussfassung:

- 11 - 2011** Gwigger Straße
Entwurf und Auflage des Erläuterungsberichtes zur UEP
In Abänderung zum Antrag, Widmung lt. Raumplanungsausschuss
GST- NR. 2453/5, tw ca. 530 m²,
von FL in Freifläche Sondergebiet Reitanlage, FS Reitanlage

Der Bgm. erläutert anhand einer Overhead-Folie die Situation. Es handelt sich um einen Antrag auf Errichtung einer Reitanlage für Behinderten-Reiten. Der Antrag wurde in mehreren Gremien behandelt. Vom inzwischen verstorbenen Voreigentümer wurde auf der Freifläche Landwirtschaft gewidmenen Fläche ein Nebengebäude unbewilligt errichtet. Der von den Erben gestellte Antrag auf Ausnahmegenehmigung nach § 22 Abs 2 Raumplanungsgesetz wurde im Gemeindevorstand abgelehnt, im Bauausschuss wurde die Vorlage eines Konzepts vorgeschlagen, im Raumplanungsausschuss wurde der abgeänderte Antrag einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen (Widmung von FL in Sonderfläche Reitanlage, nur im unmittelbar notwendigen Ausmaß für die Baulichkeiten).

Ein Gemeinderat gibt zu bedenken, dass das Umwidmungs-Ansuchen, wäre es vor der unberechtigten Errichtung des Gebäudes gestellt worden, wahrscheinlich abgelehnt worden wäre und lehnt es ab, dies jetzt auf diese Weise zu sanieren.

Ein Gemeindevertreter, der Mitglied im Raumplanungsausschuss ist, bezweifelt die einstimmige Empfehlung des Raumplanungsausschusses laut Protokoll Nr. 3 vom 19.09.2011, mit der Begründung, er

habe sich damals in der Ausschuss-Beratung ablehnend geäußert. Dazu stellt der Bgm. klar, dass Protokoll-Bearbeitungen in der jeweils darauffolgenden Sitzung stattzufinden haben und es in der Verantwortung der Ausschussmitglieder liegt, diese zu lesen.

Nach einer Diskussion, in der die Vorgangsweise des verstorbenen Bauherrn kritisiert wird und raumplanerische Bedenken geäußert werden, erklärt der Vorsitzende, dass seitens seiner Fraktion eine Widmung in diesem Gebiet aus raumplanerischer Sicht ebenfalls sehr kritisch gesehen wird, allerdings die Errichtung einer Reitsportanlage für Behinderte grundsätzlich positiv gesehen wird. Er schlägt vor, mit den Antragstellern noch Details zu klären (wie sieht das Betriebskonzept aus?, welche Pachtdauer ist geplant?) und stellt den Antrag auf Vertagung dieses Punktes.

Dem wird mit 19 : 5 Stimmen zugestimmt.

2. Beschlussfassung:

Die von der Gemeindevertretung am **28.09.2011** (Protokoll Nr. 11) beschlossene Änderung (Entwurf, erste Vorlage) des Flächenwidmungsplanes lag gemäß § 23 in Verbindung mit § 21 Raumplanungsgesetz, LGBl.Nr. 39/1996 i.d.g.F., vom **12.10.2011** bis **12.11.2011** im Gemeindeamt Hörbranz zur allgemeinen Einsicht auf und umfasst folgende Grundstücke:

03 - 2011 Am Berg
 GST- NR. 2005
 Lt. Planbeilage
 tw. ca. 690m² von FL **in BW Baufläche Wohngebiet**
 tw. ca. 133m² von FL **in Verkehrsfläche Straße**
 tw. ca. 70m² von FL **in FF Freifläche Freihaltegebiet**

Während der Auflagefrist wurden gegen die geplanten Flächenwidmungsänderungen **keine** Stellungnahmen oder Einwendungen eingereicht.

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

06 - 2011 Krüzastraße
 GST- NR. 650, 653, 654, tw 655, tw 656, tw 2615
 Lt. Planbeilage
 tw. ca. 15.500m² von FL in **(BBI) (Bauerwartungsfläche Betriebsgebiet Kat. I)**
 tw. ca. 3.050m² von FL in **(Verkehrsfläche Straße sowie Fuß und Radweg - Planung)**

Der Bgm. nimmt zu einem während der Auflagefrist eingelangten Einwand gegen die geplante Flächenwidmungsänderung dahingehend Stellung, dass diese Punkte erst im Bau- und Gewerbeverfahren relevant sind und behandelt werden.

Der Bgm. erklärt auch hier, dass der Antrag in der 1. Beschlussfassung durch die GV mehrheitlich genehmigt wurde. Die geforderten Parameter (siehe ebenfalls Protokoll des Raumplanungsausschusses Nr. 3 vom 19.09.2011) seien vertraglich zugesichert worden.

Derzeit erfolge die Widmung in Bauerwartungsland BB1. Wenn das Bauvorhaben konkret werde, müsse ein neuerlicher Umwidmungsantrag auf Bauland eingebracht und behandelt werden.

Einige Gemeindevertreter äußern sich kritisch zu diesem Widmungsantrag, aufgrund der Höhe des geplanten Hochregal-Lagers. Eine Anfrage zur Kostentragung betreffend die Straßenerrichtung wird vom Bgm. beantwortet.

Der Antrag wird mit 20 : 4 Stimmen genehmigt.

11. Wahl eines Gemeindevorstandes

Aufgrund des Verzichts von Katrin Flatz, Mag. (FH) auf ihr Mandat als Mitglied des Gemeindevorstandes muss gemäß § 56 GG ein neuer Gemeinderat in den Gemeindevorstand entsendet werden.

Die betroffene Parteifraktion schlägt dafür den Gemeindevertreter Siegfried Biegger, Weinbergstraße 4, 6912 Hörbranz, vor.

Daraufhin werden Stimmzettel verteilt und die Wahl durchgeführt. Mit 19 : 4 Stimmen (1 Enthaltung durch den Wahlkandidaten) wird Siegfried Biegger als neues Mitglied des Gemeindevorstandes gewählt.

Der Bgm. bedankt sich bei Katrin Flatz in Abwesenheit für ihr Engagement und ihre Verlässlichkeit in der Gemeindevertretung und im Gemeindevorstand und bei Siegfried Biegger für die Bereitschaft, das Mandat zu übernehmen.

12. Ausschuss-Umbesetzungen

Folgende Ausschuss-Umbesetzungen gelangen zur Abstimmung:

ÖVP:

Umweltausschuss:	Siegfried Biegger als Obfrau-Stellvertreter statt Katrin Flatz
Sanitätsausschuss:	Georg Rauch als Obfrau-Stellvertreter statt Katrin Flatz Katrin Flatz als EM statt Martin Gorbach
Markt- und Dorfplatzausschuss:	Siegfried Biegger als Obfrau-Stellvertreter statt Katrin Flatz Katrin Flatz als EM statt Dietmar Jeglic
Abgabenkommission:	Herbert Mangold als EM statt Martin Gorbach
Finanzausschuss:	Manuela Hack als EM statt Martin Gorbach
Prüfungsausschuss:	Rudi Huber statt Martin Gorbach Katrin Flatz statt Siegfried Biegger
Abwasserverband Leiblachtal:	Herbert Mangold als EM statt Martin Gorbach

Derzeit unbesetzt:

Obfrau Kulturausschuss
Obfrau Jugendausschuss

SPÖ:

Jugendausschuss:	Reinhold Einwallner als Zuhörer statt Silvia Eberle
Schul- und Kindergartenausschuss:	Tausch: Reinhold Einwallner wird anstelle von Brigitte Tuttner Zuhörer, sie an seiner Stelle EM

Kulturausschuss:	Franz Lucny als Zuhörer statt Silvia Eberle
Sozial- und Wohnungsausschuss:	Reinhold Einwallner EM statt Silvia Eberle
Integrationsausschuss:	Rade Jovanovic Zuhörer statt Silvia Eberle Lukas Fink EM statt Rade Jovanovic

Einstimmig werden die Änderungen beschlossen.

13. Protokollgenehmigung Nr. 14

Das Protokoll Nr. 14 wird einstimmig genehmigt.

14. Allfälliges

- a) Seeuferreinigung: Der Bgm. bedankt sich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Seeuferreinigung, darunter auch drei Gemeindevertreter, am Samstag, 24.03.2012.
- b) Ständchen zu Jubiläen Goldene Hochzeiten und 90. Geburtstage: Der Bgm. weist darauf hin, dass zuletzt keine rege Teilnahme der Mitglieder des Gemeindevorstandes bei solchen Anlässen stattgefunden hat und bittet darum, den Hörbranzler Jubilaren diese Wertschätzung wieder vermehrt zuteil werden zu lassen.
- c) Frühjahrskonzert Musikverein: Der Bgm. macht auf das am 1. April im Leiblachtsaal stattfindende Konzert des Musikvereins aufmerksam.
- d) Umwidmung Krüzastraße, Fa. eps-Soltec: Eine Gemeindevertreterin erkundigt sich beim unter den Gemeindevertretern anwesenden Geschäftsführer der Fa. eps Soltec nach dem Stand der Planungen für das Bauvorhaben in der Krüzastraße, nachdem nach der erst recht eilig durchgeführten Umwidmung keine Bautätigkeit gestartet wurde. Der eps-Geschäftsführer erklärt, dass sich an den Bauplänen zwar nichts geändert habe, es aber aufgrund eines Geschäftseinbruches eine zeitliche Verzögerung gegeben habe. Weiters bestätigt er, dass im Burgenland eine Niederlassung gebaut worden sei, weil in Hörbranz kein Schwerverkehr möglich sei.
- e) Anfrage Mitgliedschaft der Gemeinde Hörbranz bei Vereinen/Verbänden: Ein Gemeinderat stellt eine Anfrage nach einer aktuellen Aufstellung, bei welchen Verbänden und Vereinen die Gemeinde Hörbranz Mitglied sei und die dafür anfallenden Kosten.
- f) Ein Gemeindevertreter berichtet über seine ehrenamtliche Teilnahme am Gemeindevernetzungstreffen „Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ am 22.03.2012, bei dem er wertvolle Anregungen für das Projekt Betreutes Wohnen mitnehmen konnte.
- g) Eine Anfrage eines Gemeinderats zum Fischteich am Stöhrenholz wird vom Bgm. beantwortet.

Ende der Sitzung: 23.18 Uhr

Die Schriftführerin:

Der Bürgermeister:

Dr. Beate Malz

Bgm. Karl Hehle